

Vorschlag an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Werte Genossen!

Die deutsche Arbeiterklasse und auch die Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland sind interessiert an der Entspannung der Lage in Deutschland und in Europa. Dazu sind vor allem die Verminderung der Rüstungen und die Verhinderung der Wehrpflicht in Deutschland notwendig. Auf der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärten wir, daß es durchaus möglich ist, den Krieg auch auf dem Territorium Deutschlands zu verhindern, wenn es gelingt, die Volksbewegung für den Frieden und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu verstärken. Wir begrüßen die Erklärungen der Parteiführung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland und gegen die Teilnahme der Bundesrepublik an militärischen Blocks.

Am 12. Mai 1956 erklärte der JSrste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genosse Walter Ulbricht, in einem Interview mit einem Vertreter des ADN, daß sich beide deutsche Regierungen über die Begrenzung der militärischen Streitkräfte verständigen und daß sich beide deutschen Regierungen verpflichten könnten, die Wehrpflicht nicht einzuführen. In der 13. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gab der Ministerpräsident, Genosse Otto Grotewohl, eine Regierungserklärung ab, in der Vorschläge zur Herbeiführung der innerdeutschen Entspannung unterbreitet wurden. Der erste dieser acht Vorschläge besagt, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt und befürwortet, „daß sich beide deutsche Staaten verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen und eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte zu treffen“.

Es ist jedoch bekannt, daß die Adenauer-Regierung all diese Vorschläge ignorierte und ihren Willen zur Einführung der Wehrpflicht und zur verstärkten Aufrüstung bekundete, obwohl das offenkundig auf Ablehnung bei der Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands